



**FÜR EINE STARKE KLIMAPOLITIK, WELCHE DAS PARISER
ABKOMMEN UND DIE KLIMAGERECHTIGKEIT RESPEKTIERT**

Wir fordern: Keine Ausnahmen für die Hauptverursacher*innen der Klimakrise, Anerkennung der Verantwortung des Finanzsektors, Transitionsprogramme für von Massnahmen und Krise betroffene Sektoren, und eine sozioökologische Transformation statt Kompensationsmassnahmen.

**Referendum gegen das Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)
Im Bundesblatt veröffentlicht am 6. Oktober 2020**

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) der Volksabstimmung unterbreitet werde. Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:		PLZ:			Politische Gemeinde:		
Nr	Name/Vornamen (eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)			Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unter- schrift	Kontrolle (leer lassen)
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

Ablauf der Referendumsfrist: 14.01.2021

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____
Datum: _____ Amtliche Eigenschaft : _____



Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden bis spätestens 24.12.2020 an das Referendumskomitee: Comité référendaire pour une écologie sociale / CP 5708 / 1002 Lausanne; das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden bei: www.klima-sozial-konsequent.ch

10 Gründe gegen das CO₂-Gesetz

Bewegung für den Sozialismus

www.sozialismus.ch

1. Das CO₂-Gesetz ist unsozial.

Die ärmeren Bevölkerungsschichten werden von den preislichen Aufschlägen auf Brenn- und Treibstoffe sowie von den Flugticketabgaben proportional viel härter getroffen. Damit zementiert das Gesetz eine unsoziale Klimapolitik. Der Kampf für eine nachhaltige Gesellschaft muss aber zwangsläufig mit der Forderung nach einer solidarischen und sozial gerechten Welt einhergehen.

2. Das Gesetz verschont den Schweizer Finanzplatz als Hauptverursacher der CO₂-Emissionen.

Die Finanzindustrie ist mit Abstand der grösste CO₂-Emittent in der Schweiz. Durch die weltweiten Investitionen in klimaschädliche Projekte verursacht der Finanzplatz das 20-fache der Treibhausgasemissionen der ganzen Schweiz. Weil die Banken und Versicherungen aber vom Gesetz quasi ausgenommen sind, verschleiern das Gesetz die Verantwortung für die Klimakrise und wälzen deren Kosten auf die Lohnabhängigen ab.

3. Das CO₂-Gesetz legalisiert die Klimazerstörung.

Das CO₂-Gesetz legalisiert das Verfehlen der Pariser Klimaziele von 2015, indem es die Hauptverursacher*innen der Klimazerstörung nicht antastet und keinen Schritt in Richtung Abkehr der produktivistischen Wirtschafts- und Konsumlogik unternimmt. Ohne Bruch mit dem kapitalistischen Wachstumszwang und ohne grundlegende Änderung der Art und Weise, wie wir heute Güter herstellen, bleiben alle «ökologischen» Massnahmen Makulatur.

4. Das CO₂-Gesetz hat mit dem «Verursacherprinzip» nichts zu tun.

Wer ist verantwortlich für die CO₂-Emissionen eines Benzin-Autos? Die kapitalistischen Unternehmen, die entgegen aller ökologischen Vernunft weiterhin Öl fördern, Benzin herstellen und jährlich Millionen von Privatautos produzieren; oder die Lohnabhängigen, die gezwungen sind mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, weil der öffentliche Nahverkehr zu wenig ausge-

baut ist? Das CO₂-Gesetz stellt die Verursacher-Frage um 180 Grad verkehrt.

5. Die Pandemie hat gezeigt: Schnelles Handeln wäre möglich.

Auch wenn die weltweit von den Regierungen getroffenen Massnahmen ungenügend waren, um die Corona-Pandemie wirksam einzudämmen (insbesondere betreffend der Einschränkung der wirtschaftlichen Produktion), haben die letzten Monate gezeigt: Es ist durchaus möglich politische Massnahmen zu ergreifen, die bis vor kurzem undenkbar gewesen sind. Zur Bekämpfung der Klimakrise sind drastische Einschnitte in den kapitalistischen Normalbetrieb umso dringender.

6. Die Kosten des CO₂-Gesetzes werden ohne Zögern auf die Bevölkerung abgewälzt.

Das Gesetz verpflichtet Importeur*innen von Diesel- und Benzinfahrzeugen einen Teil der verursachten Emissionen zu kompensieren. Als Entschädigung dafür wird ihnen erlaubt, die Preise auf Treibstoffe anzuheben. Auch die Erhöhung der Lenkungsabgabe auf Brennstoffe, die zum Heizen gebraucht werden, werden von den Hausbesitzer*innen mittels Mieterhöhungen auf die Mieter*innen abgewälzt. Die Verursacher*innen der Emissionen werden einmal mehr verschont und die Lohnabhängigen und Mieter*innen müssen für die Kosten aufkommen.

7. Das CO₂-Gesetz trägt der historischen und globalen Verantwortung der Schweiz und ihrer Konzerne keine Rechnung.

Die Schweiz als frühindustrialisiertes Land hat kumuliert einen viel grösseren ökologischen Fussabdruck als andere Länder. Die imperialistischen Schweizer Konzerne (Nestlé, Glencore, Roche, Novartis, UBS, CS u.v.m.) sind zudem bis heute weltweit für Umweltzerstörungen verantwortlich. Dementsprechend müssen sie zur Kasse gezwungen werden und die Schweiz muss eine Vorreiterrolle in der Bekämpfung der Klimakrise einnehmen. Das CO₂-Gesetz macht das Gegenteil davon.

8. Das CO₂-Gesetz verewigt die untauglichen marktwirtschaftlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise.

Marktmechanismen wie der CO₂-Emissionshandel, welche durch das Gesetz gefördert werden, sind nicht dafür geschaffen, die Umwelt zu retten, sondern um Profite zu machen. Diese Mechanismen sind keine technischen Instrumente, die man für einen beliebigen Zweck einsetzen kann. Vielmehr repräsentieren sie eine Produktionsweise, die auf Konkurrenz und der Jagd nach Profit durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen beruht.

9. Das CO₂-Gesetz ist nicht das «kleinere Übel», sondern fördert indirekt die globale Verelendung.

Den linken Befürworter*innen des Referendums wird vorgeworfen, dass die Ablehnung des Gesetzes einem Verelendungsansatz gleichkomme. Die Klimakrise führt aber jetzt schon in vielen Ländern zu Verelendung. Deshalb braucht es nicht halb-schlechte, sondern sofort wirksame Massnahmen gegen die globale Klimakrise. Das Argument des kleineren Übels funktioniert bei der Klimakrise nicht. Wir haben schlicht nicht mehr genügend Zeit, um mit schrittweisen Verbesserungen der drohenden Katastrophe zu begegnen.

10. Um der Klimakrise zu begegnen, ist eine andere, ökosozialistische Strategie nötig.

200 Jahre Kapitalismus haben die Welt an den Rand des Abgrunds gebracht. Die weltweiten ökologischen Bewegungen, wie die Klimastreiks und die Massenaktionen des zivilen Ungehorsams gegen klimazerstörende Konzerne, tragen im Kern allerdings die Konturen einer nachhaltigen und solidarischen Welt. Unsere grosse Aufgabe ist es, die verschiedenen sozialen Bewegungen hinter Forderungen zu vereinen, die im Hier und Jetzt ansetzen und einen Weg über die profitgetriebene kapitalistische Produktionsweise hinausweisen. Das CO₂-Gesetz nützt hierzu nichts.